



POLITIK / MEINUNG

Schuldenlast - Zaumzeug und Zügel ...

(SB) Die Schuldenlast der Schwellen- und Entwicklungsländer steigt und steigt. Die betroffenen Staaten müssen neue Kredite aufnehmen, nur um ihre alten abzugleichen. Die Entschuldungsinitiative der 1990er Jahre ist quasi zunichte gemacht, was nicht überrascht, da es zu keinem Zeitpunkt darum gegangen war, die vermeintlich ... (Seite 4)

Kooperationspartner



poonal

Pressedienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



Pressenza

Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

SPD Berlin -

ausschnupfen und Tuch wechseln ...

Ich bin BerlinerIn, und als BerlinerIn liebe ich meine Stadt. Wenn es jetzt darum geht, auch ein Stück weit zu sagen, ich bin bereit, diese Verantwortung zu übernehmen, dann habe ich mich entschieden, ich bin bereit dazu.

Franziska Giffey [1]

(SB) 31. Januar 2020 - In einer Zeit, da politische Inhalte kaum noch zu zählen scheinen, Personalien dafür um so mehr, haben sogenannte HoffnungsträgerInnen Hochkonjunktur. Das gilt natürlich in besonderem Maße für die dem Abgrund entgegentaumelnde SPD, die verzweifelt Ausschau nach Rettung kraft einer Lichtgestalt hält, die auf wundersame Weise alles richtig macht, bei der Wählerschaft punkten kann und die Partei euphorisiert. Nicht nur im Bund, auch auf Landesebene in Berlin rutschen die Sozialdemokraten ab. Sie geben in der rot-rot-grünen Koalition zwar noch den Platzhirsch und stellen den Regierenden Bürgermeister, sind aber in Umfragen inzwischen fast 10 Prozent hinter die Grünen und auch hinter Die Linke zurückgefallen. Da tut ein personeller Befreiungsschlag not, der zwar nicht über Nacht, aber letztlich in einem internen Zirkel ausgebraten wur-

de. So geht innerparteiliche Demokratie, mag sich die Basis auch noch so wundern und der linke Flügel rumoren. Franziska Giffey hat sich im Machtkampf durchgesetzt und soll den Karren aus dem Dreck ziehen.

So soll die personelle Wachablösung im einzelnen aussehen, die dem Vernehmen nach in einem ausgewählten Kreis von Bezirkschefs abgesprochen wurde, an dem auch Michael Müller, Franziska Giffey und Raed Saleh teilnahmen. Der Regierende Bürgermeister und SPD-Landeschef Müller verzichtet auf eine Wiederwahl zum Berliner Parteichef auf dem Landesparteitag im Mai und will auch nicht wieder als SPD-Spitzenkandidat für die nächste Abgeordnetenhauswahl kandidieren. Der Landesverband der Sozialdemokraten soll ab Mai von einer Doppelspitze geführt werden, der die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und der SPD-Fraktionschef Raed Saleh angehören. Spitzenkandidatin für die nächste Berliner Wahl im Herbst 2021 soll Giffey werden.

Da 2021 auch im Bund gewählt wird, könnte Müller in den Bundestag wechseln, wofür ihm wo-

möglich vorab Platz eins in der SPD-Landesliste garantiert würde. Diesen Vorzugsplatz dürfte allerdings auch der Juso-Vorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende Kevin Kühnert anstreben, so daß noch gar nichts entschieden ist, was auch Müller bestätigt: "Ich bleibe Regierender Bürgermeister. Alles andere wird zu gegebener Zeit entschieden." Offen ist zudem, wann die Berliner Sozialdemokraten über die Spitzenkandidatur entscheiden - in diesem Herbst oder erst im Frühjahr 2021. Möglicherweise wird der Termin vorgezogen, worauf unter anderem Müller pochen könnte, der auf der Hut sein muß, daß sein Teil des Deals nicht in Vergessenheit gerät.

Ob über die Spitzenkandidatur auf einem SPD-Landesparteitag oder per Mitgliederentscheid entschieden wird, muß auch noch geklärt werden. Die Partei brauche Geschlossenheit, argumentieren Kritiker einer Basisbefragung, zu der es kaum kommen wird, zumal eine entscheidende personelle Weichenstellung hinter verschlossenen Türen ausgehandelt worden ist. Nachdem die Wahl der neuen Vorsitzenden auf Bundesebene, Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken, den ersehnten Schub in den Umfragen verfehlt hat, dürfen die sozialdemokratischen Granden die in opportunistischem Kalkül entdeckte innerparteiliche Demokratie umgehend wieder in den Keller sperren und fortan auf Personalpolitik von oben setzen.

Michael Müller hat sich in einem Brief an alle Mitglieder der Berliner SPD verabschiedet. Nach vielen Gesprächen in den letzten Wochen sei deutlich geworden, daß sich nicht nur auf Bundesebe-

ne, sondern auch in Berlin viele Genossinnen und Genossen neue Impulse wünschen. Seine zwölfjährige Arbeit als Landesvorsitzender habe ihm viel Spaß gemacht, ihn aber auch gefordert. "Ich glaube, dass es gut ist, wenn jetzt neue Köpfe Verantwortung übernehmen und unsere Partei nach dem nächsten Landesparteitag im Mai führen. Darum werde ich nicht mehr für diese Funktion kandidieren." Seine Arbeit als Regierender Bürgermeister werde er jedoch fortsetzen und mit dem Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz "in diesem und dem nächsten Jahr Impulse über Berlin hinaus setzen". [2]

In der Landes-SPD sind nicht alle begeistert, und insbesondere auf dem linken Flügel wird Unmut laut, daß er im designierten Führungsduo nicht repräsentiert ist. Dieses gehört den konservativen Sozialdemokraten an, Saleh sei "kein linkes Korrektiv" zu Giffey, heißt es in Parteikreisen. Viele Parteimitglieder sind geradezu entgeistert angesichts der Art und Weise, wie der Wechsel kommuniziert wurde. Bereits am Morgen hatten der RBB und "Bild" darüber berichtet, ehe dann auf einer Pressekonferenz die Entscheidung offiziell bekanntgegeben wurde. Da jedoch niemand untergehen will, brauchen alle Giffey, um die Chance zu wahren, in Berlin stärkste Kraft zu bleiben.

Für Franziska Giffey fing das Jahr schlecht an. Kaum hatte sie den Plagiatsverdacht hinsichtlich ihrer Dissertation abgewettert, als die Affäre um ihren Mann folgte. Der beim Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales beschäftigte Veterinärmediziner hatte eine Kongreßteilnahme im Ausland als Dienstzeit abgerechnet, war

aber tatsächlich auf Urlaubsreise. In einem Disziplinarverfahren war er daraufhin dienstlich herabgestuft worden. Michael Müller hatte kürzlich versucht, den Angriff Giffey abzuwehren, indem er fallen ließ, daß ihr die politische Affäre um ihren Mann schaden werde. Damit hatte er jedoch ein Eigentor geschossen, da die Affäre Giffey keineswegs schadete, die Bemerkung dazu ihm aber schon, da er längst in Ungnade gefallen war. [3]

Die 41jährige gebürtige Brandenburgerin befindet sich auf einem Höhenflug, der augenscheinlich ihre politischen Instinkte beflügelt. Sie trat 2007 der SPD bei und war Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Neukölln, wo sie ihren Amtsvorgänger, den Parteirechtsaußen Heinz Buschkowsky, als ihr politisches Vorbild bezeichnete. Seit 2018 ist sie Bundesfamilienministerin im Kabinett Merkel und will das ungeachtet ihrer Pläne auf Landesebene auch bleiben: "Ich sehe nicht, warum die Übernahme oder die Kandidatur des Amtes einer Co-Vorsitzenden eines Landesverbandes der Tätigkeit einer Bundesministerin aus grundsätzlichen Gründen entgegenstehen sollte." Sie habe in ihrem Ministerium viel vor und werde ihre Arbeit deshalb auch fortführen.

Müssen die Koalitionspartner und namentlich die Linksfraktion dennoch fürchten, daß die ambitionierten, aber fragilen rot-rot-grünen Berliner Vorstöße vor allem in der Mietenpolitik durch einen Kurswechsel der SPD auf der Strecke bleiben? Die Linken in Berlin rechnen nach Angaben ihrer Landesvorsitzenden Katina Schubert damit, daß die Koalition

mit Michael Müller an der Spitze bis zur Wahl 2021 weiterarbeitet: "Müller ist Regierender Bürgermeister von Berlin, für fünf Jahre gewählt, von uns mit, und ich gehe mal davon aus, dass er diese Legislaturperiode sein Amt weiter ausführt", so Schubert. Es gebe keinen Automatismus, daß eine neue SPD-Vorsitzende auch Regierende Bürgermeisterin sein müsse. Die Koalition stehe stabil und werde in den verbleibenden 18 Monaten noch manches auf den Weg bringen. Die Bürgermeisterin und Wirtschaftssenatorin Ramona Pop von den Grünen spricht von einer Führungsfrage der SPD. Hilfe diese, die Wogen innerhalb der SPD zu glätten, sei es gut für die gemeinsame Regierung. Ihre eigene Fraktion werde auf Grundlage des Koalitionsvertrages weiter gut und professionell mit den Partnern zusammenarbeiten.

Aus der Opposition erklärt der CDU-Vorsitzende Kai Wegner süffisant: "Es wird interessant zu beobachten sein, ob Frau Giffey jetzt die SPD verändert oder ob die SPD Frau Giffey verändern wird." Sebastian Czaja, Fraktionschef der FDP, kommentiert: "Die Berliner SPD muss nun zeigen, ob der mögliche Wechsel von Müller zu Giffey nur eine Personalrochade ist oder der Sozialdemokratie die Perspektive öffnet, das schwierige Verhältnis zu den Koalitionspartnern zu überwinden und im Senat wieder Führungsverantwortung zu übernehmen." [4]

Giffey will demonstrieren, daß die SPD mit ihr noch Wahlen gewinnen kann. Sie profitiert zum einen davon, daß abgesehen von Übergebliebenen wie Stephan Weil in Niedersachsen potentielle innerparteiliche Konkurrenz von der bundespolitischen Bildfläche verschwunden ist. Martin Schulz fristet im

Bundestag ein Dasein als Abgeordneter in der zweiten Reihe, Andrea Nahles hat sich aus dem politischen Geschäft zurückgezogen. Katarina Barley ist in Brüssel, Malu Dreyer will nicht aus Rheinland-Pfalz auf die Bundesebene wechseln, Manuela Schwesig bleibt, auch krankheitsbedingt, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern.

Daß Giffey wie eine künftige Spitzenkandidatin auftritt, hängt andererseits mit ihrem rasanten Aufstieg aus der Berliner Bezirkspolitik in das Ministeramt zusammen, den sie nicht zuletzt einer robusten Frohnatur und spätestens in Neukölln erworbenen Durchsetzungsfähigkeit verdankt. Die naheliegende Frage, warum sie perspektivisch aus den Höhen der Bundespolitik auf die Berliner Landespolitik umschwenkt, läßt sich rasch beantworten. Ihr ist bewußt, daß sie maximal bis Herbst 2021 Bundesministerin bleiben kann. Nach der Bundestagswahl wird die SPD eher keine Minister in eine Regierung entsenden können. Während ihre Chance also im Bund nach dem Herbst 2021 allenfalls theoretisch bestünde, ist sie in Berlin durchaus real. Wenn sie im kommenden Jahr Regierende Bürgermeisterin werden will, kann sie nicht zugleich SPD-Kanzlerkandidatin sein. Obgleich eine sozialdemokratische Kandidatin 2021 im Bund nur verlieren kann, verhielte sich das 2025 womöglich anders, sofern Giffey zuvor vier Jahre lang eine gute Figur auf Berliner Landesebene gemacht hat.

Ob Giffey den Trübsinn der Sozialdemokraten, unter denen sie seit geraumer Zeit wie ein Wundermittel zur Heilung aller Leiden gehandelt wird, tatsächlich vertreiben kann? Ihre außergewöhnliche Begeiste-

rungsfähigkeit für die eigene politische Leistung wird allenfalls von jener für die Hauptstadt übertroffen: "Berlin ist meine Stadt." Seit mehr als 20 Jahren lebe sie hier, die Stadt liege ihr sehr am Herzen, sie fühle sich vollkommen zu Hause. "Berlin ist einfach die tollste Stadt in Europa, ach was, in der Welt." Wie sehr muß es da schmerzen, wenn die eigene Partei in der Metropole so mies dasteht, und wie verlockend anmuten, eigenhändig dafür zu sorgen, daß die SPD und Franziska Giffey bekommen, was ihnen zusteht. Der Ikarus Martin Schulz ist Geschichte, die sich, so heißt es, nicht wiederholt. Und was die politischen Inhalte betrifft, ist nicht gänzlich auszuschließen, daß der Ernüchterung des berauschten Wahlvolks diesmal eine längere Halbwertszeit beschieden ist und die gärende Frage vertagt wird, welchen Gebrauchswert die Sozialdemokratie eigentlich noch hat.

Anmerkungen:

[1] www.spiegel.de/politik/deutschland/franziska-giffey-und-die-spd-berlin-die-letzte-chance-a-205a9711-06a8-4f21-a2c1-49c8bfc51ebf

[2] www.tagesspiegel.de/berlin/giffey-soll-kuenftig-berlin-regieren-reaktionen-zum-rueckzug-von-michael-mueller/25484204.html

[3] www.zeit.de/politik/deutschland/2020-01/franziska-giffey-berlin-spd-vorsitz-buergermeisterin

[4] www.welt.de/regionales/berlin/article205438117/Schubert-SPD-Vorsitzender-muss-nicht-Buergermeister-sein.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1861.html>

Schuldenlast - Zaumzeug und Zügel ...

(SB) 31. Januar 2020 - Die Schuldenlast der Schwellen- und Entwicklungsländer steigt und steigt. Die betroffenen Staaten müssen neue Kredite aufnehmen, nur um ihre alten abzugleichen. Die Entschuldungsinitiative der 1990er Jahre ist quasi zunichte gemacht, was nicht überrascht, da es zu keinem Zeitpunkt darum gegangen war, die vermeintlich entlasteten Staaten grundsätzlich vom Joch ihrer Abhängigkeit zu befreien.

2018 hatten 124 hochverschuldete Schwellen- und Entwicklungsländer Auslandsschulden in Höhe von zusammen 7,8 Billionen US-Dollar angehäuft, berichteten die Initiative Erlassjahr.de und das katholische Entwicklungshilfswerk Misereor in ihrem "Schuldenreport 2020". [1] Was darin nicht erwähnt wurde: Diese Summe, so groß sie auch erscheinen mag, macht nur ein gutes Drittel der Schulden eines einzigen Landes aus, der USA, die sich zu dem Zeitpunkt auf 21,46 Billionen US-Dollar beliefen.

Diesen extrem hohen Schuldenstand können sich die Vereinigten Staaten nur aufgrund ihrer militärischen, wirtschaftlichen und politischen Macht leisten. Es gibt niemanden, der die Schulden einreibt, und wer es unter Umständen könnte, hat kein Interesse daran, da seine eigene Vorherrschaft wie die der USA auf dem Schuldsystem errichtet wurde.

Für die ärmeren Länder stellen hohe Schulden ein Last dar, für die Weltmacht Nummer eins dagegen einen Faktor, der die eigene Vorherrschaft absichert. Die USA sind dermaßen hoch verschuldet und können sich immer höher verschulden, daß es die gesamte Weltwirtschaft und damit auch all die Gläubiger in den Abgrund reißen würde, sollte die "Schuldenblase" platzen.

Von jenen 124 "kritisch" verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländern gestaltet sich die Lage in Bhutan, der Mongolei, Sri Lanka, Dschibuti, Kap Verde, Mosambik, Sudan, Argentinien, El Salvador, Jamaika, Libanon und Kirgisistan am schwierigsten. Insgesamt können sogar 19 Länder ihren Schuldendienst gar nicht oder nicht mehr vollständig bedienen. Obschon die Wucht der Zerstörungen der Lebensverhältnisse durch die Klimawandelfolgen noch erheblich an Intensität zunehmen werden, sind die Folgen des Klimawandels bereits deutlich als Schuldenrisiko erkennbar. Zugleich verhindert der Schuldendienst, daß die Länder für viele Menschen überlebenswichtige Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel ergreifen.

Erlassjahr.de und Misereor bemängeln das Fehlen eines "international koordinierten Verfahrens zur Bewältigung neuerlicher Schuldenkrisen", was zur Folge

habe, daß diese verschleppt werden. Die Kosten hätten die Menschen in den betroffenen Ländern zu tragen. Zudem gestalte sich die für ein koordiniertes Verfahren notwendige internationale Zusammenarbeit mit China, das inzwischen der bedeutendste Gläubiger ist, als schwierig.

Es ist sicherlich verdienstvoll, auf die ansonsten wenig beleuchtete Schuldabhängigkeit der Entwicklungs- und Schwellenländer aufmerksam zu machen und wegen der teils existenzbedrohenden sozialen Folgen zu versuchen, einen Weg aus der heiklen Lage aufzuzeigen. Indes liegen die Grenzen des Schuldenreports 2020 da, wo er sich mit dem System arrangiert, indem innerhalb dieses Rahmens nach einer gerechteren, weniger leidvollen Lösung gesucht wird. An dieser Stelle nach der Möglichkeit einer Reform der Schuldabhängigkeit zu suchen, erweist sich insofern als problematisch, als daß Schulden ein Mittel zum Zweck sind, um die betroffenen Staaten an die Kandare zu nehmen.

Für diejenigen, die die Zügel in der Hand halten, ergibt sich eine vorteilhafte Hebelwirkung, eine vollumfängliche Hegemonie. Sie bestimmen, wie und nach welchen Maßstäben in den schuldabhängigen Ländern produziert wird, wie die zur Dressur ausgesuchten Staaten die Produktionsverhältnisse gestalten, nach wel-

chen Konditionen Löhne gezahlt und staatliche Subventionen ausgeben oder eben verweigert werden, wie Handel betrieben wird und vieles mehr.

Die Gläubiger denken nicht eine Sekunde daran, die Zügel aus der Hand zu legen und den ärmeren Staaten einen Rollentausch anzubieten. Deshalb würde eine Entschuldung niemals eine Emanzipation zum Ergebnis haben, sondern lediglich eine Abmilderung allzu destruktiver "Auswüchse"; vergleichbar mit der Einführung der gesetzlichen Sozialversicherung in den 1880er Jahren im Deutschen Kaiserreich durch Reichskanzler Otto von Bismarck zwecks Befriedung der Arbeiterinnen und Arbeiter, nicht etwa zu deren Befreiung von der Lohnarbeit.

Ähnlich würde eine neuerliche Entschuldung, in welcher Form

sie auch durchgeführt würde, nicht zur Befreiung der Staaten, sondern zu deren fortgesetzter Unterwerfung beitragen. Bezeichnenderweise war die Entschuldungsinitiative der G8-Staaten 1999 in Köln an Bedingungen des Wohlverhaltens geknüpft. Die als Gläubiger auftretenden Industriestaaten implementierten auf diesem Wege Teile ihrer unheilvollen Strukturanpassungsprogramme oder setzten deren Erfüllung voraus, damit ein Staat für die - lediglich partielle - Entschuldung in Frage kam. So stellte die Initiative Erlassjahr.de fest, daß die Entschuldung dazu geführt hat, daß die besonders hoch verschuldeten Länder (HIPC - Highly Indebted Poor Countries), die bis dahin zahlungsunfähig waren und ihre Schulden sowieso nicht mehr zurückzahlen konnten, wieder zahlungsfähig wurden. Dank der Entschuldung stieg deren Schuldendienst sogar erneut an.

So erhielten diese Staaten die Chance zur Integration oder Reintegration in den Weltmarkt. Ihnen wurde also gestattet, einen Platz als Rohstofflieferant am unteren Ende der Wertschöpfungskette einzunehmen oder, sofern sie sich wie Ghana etwas hochgehängt hatten, als Absatzraum für verarbeitete Waren aus dem Globalen Norden. Die Regeln des Weltmarkts jedoch, um abschließend die obige Analogie ein weiteres Mal zu bemühen, werden von den Reitern, nicht den Rössern aufgestellt.

Anmerkung:

[1] <https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2020/01/SR20-online-.pdf>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1362.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Bolivien

Añez' Kandidatur sorgt für Ärger

(La Paz, 28. Januar 2020, bolpress/poonal) - Die selbsternannte bolivianische Präsidentin Jeanine Añez hat am 24. Januar angekündigt, bei den Wahlen am 3. Mai nun doch als Präsidentschaftskandidatin antreten zu wollen. Aus Protest gegen diese Entscheidung trat die Kommunikationsministerin Roxana Lizár-

raga [1] zurück. Daraufhin forderte Jeanine Añez ihr gesamtes Kabinett auf, zurückzutreten.

Sie habe entschieden, "den Rücktritt aller Minister zu beantragen, um dieser neuen Etappe in der demokratischen Umgestaltung ins Auge zu blicken". Das Regierungsteam werde so schnell wie

möglich verändert oder komplettiert. Sie fühle sich verpflichtet, "für alle Bolivianer zu arbeiten, die in Bolivien Frieden und Stabilität suchen", heißt es in ihrer Erklärung.

Dazu kam es jedoch nicht. Am 28. Januar wurden nur drei Minister*innen [2] ausgetauscht, die

Minister*innen für Kommunikation, Bildung und Entwicklung. Alle weiteren 17 Minister*innen wurden im Amt bestätigt. "Voller Stolz habe ich fast mein gesamtes Kabinett bestätigt", erklärte Añez in einem Festakt im Regierungspalast.

Scharfe Kritik aus dem konservativen Lager

Die Kandidatur von Añez hat für erhebliche Kritik seitens vieler konservativer Politiker*innen und in den sozialen Medien geführt, die größtenteils hinter der Regierung stehen, die erst durch den Putsch im November 2019 an die Macht gekommen ist.

"Wie schade, Frau Añez", schrieb etwa Expräsident Jaime Paz [3] auf Twitter. "Wer wird uns glauben, dass es kein Putsch war!" Ein weiterer Expräsident, Jorge Quiroga, schlug vor, die Wiederwahl eines Präsidenten auszuschließen. "Dieser Kurswechsel beschädigt die internationale Glaubwürdigkeit (...), wird unsere wirtschaftliche Stabilität beeinträchtigen und letztlich dem MAS helfen", kritisierte Quiroga. Andere konservative Politiker*innen und Analyst*innen äußerten sich ähnlich.

Añez will für die Partei Souveränität und Freiheit SOL (Soberanía y Libertad) kandidieren, die eigentlich mit dem Expräsidenten Carlos Mesa verbündet ist. Dieser unterlag bei den Wahlen im Oktober 2019 Evo Morales und will nun ebenfalls wieder kandidieren. Mesa zeigte sich von dem Schritt der De-facto-Präsidentin überrascht: "Eine Kandidatur der Präsidentin beschädigt die Glaubwürdigkeit des Übergangs", schrieb [4] er am 26. Januar.

Anmerkungen:

[1] https://eldeber.com.bo/163969_roxana-lizarraga-presenta-su-renuncia-irrevocable-al-cargo-de-ministra-de-comunicacion

[2] <https://www.bolpress.com/2020/01/29/presidenta-anez-cambia-a-tres-ministros-de-su-gabinete-para-nueva-etapa-de-gobierno/>

[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Jaime_Paz_Zamora

[4] <https://carlosdmesa.com/2020/01/26/una-decision-equivocada/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/anez-kandidatur-sorgt-fuer-aerger/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1952.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Menschenrecht in Chile - zwischen Gestern und Heute

von Evelyn Hevia Jordán

Berlin, 18.01.2020. "Zwei von ihnen nahmen mich an der Taille und zogen mir Hose und Unterwäsche runter. Dann hat ein anderer seinen Schlagstock benutzt, um ihn in meinen Anus einzuführen." [1]

"Ich hörte, wie diese Leute lachten. Dann fing ein Mann an, mir kleine Schläge mit seinem Penis auf meinen Körper zu geben, er fragte mich, welche Größe ich

mag; ein anderer Mann schrieb mit einem Kugelschreiber Dinge auf meinen Körper." [2]

Kann mir jemand sagen, welcher Zeugenbericht der Diktatur und welcher den Demütigungen der letzten drei Monate entspricht? Wahrscheinlich nicht.

Dies ist einer der Gründe, warum es dringend notwendig ist, über Menschenrechte zu sprechen -

damals und heute. Es ist dringend notwendig, dass wir im Ausland darüber sprechen, hier in Deutschland, wo nach dem Holocaust dieses Thema zum "unanastbaren Exportprodukt" gemacht wurde. Es ist dringend notwendig, dass wir über Menschenrechtsverletzungen und die Schuld des chilenischen Staats sprechen, da dieser sich verpflichtet hat, die Menschenrechte zu schützen, zu respektieren, zu fördern und zu vermitteln.

Zuerst möchte ich über die Diktatur in Chile sprechen - sie bildet den Hintergrund für den Slogan "Es sind keine 30 Pesos, es sind 30 Jahre", an dem sich der soziale Ausbruch entzündete.

Dann werde ich auf die Menschenrechtssituation des Mapuche-Volks zu sprechen kommen, die Teil der über 500-jährigen Kolonisierungsgeschichte ist und die wir seit dem Ende der Diktatur als große unbeglichene Schuld und ungelösten Konflikt mit uns tragen. Wobei es hier in Berlin sicher Mapuche-Kamerad*innen gibt, die tiefer in dieses Thema einsteigen können als ich.

Drittens möchte ich aus einer erweiterten Perspektive das Thema Menschenrechte ansprechen, das in Chile eng mit der Geschichte der Diktatur verbunden ist. Für viele, insbesondere für den politisch rechten Flügel, gelten die Achtung von und die Beschäftigung mit Menschenrechten und verwandten Themen als "kommunistische" Aktivität. So erklärt sich beispielsweise der Widerstand, den bereits der Versuch hervorruft, einen institutionellen Rahmen für diese Themenbereiche einzuführen (z.B. das Natio-

nale Institut für Menschenrechte (INDH), das Museum für Erinnerung und Menschenrechte oder das Unterstaatssekretariat für Menschenrechte), was sich in zahlreichen Debatten niederschlägt.

Anschließend werde ich mich auf die seit dem 18. Oktober 2019 begangenen Menschenrechtsverletzungen und die wesentlichen Forderungen der sozialen Bewegung Chiles beziehen.

*

Die bürgerlich-militärische Diktatur

1. Menschenrechtsverletzungen:

In Chile herrschte zwischen dem 11. September 1973 und dem 11. März 1990 eine zivil-militärische Diktatur. In diesen Jahren waren die Menschenrechtsverletzungen systematisch, weit verbreitet und institutionalisiert. Der gesamte Staatsapparat und die staatliche Bürokratie wurden dafür eingesetzt, Verbrechen zu begehen und diese anschließend geheim zu halten. Die offiziellen Zahlen der Opfer laut den Berichten Rettig (1991) und Valech (2004 und 2011):

3227 (2.125 Ermordete und 1.102 Verschwundene)

38.254 Überlebende der politischen Gefangenschaft und Folter (28.459 registriert in der Valech-Kommission I und 9.795 in Valech II)

Es gab im gesamten Land insgesamt 1.132 Haft- und Foltereinrichtungen. Inoffizielle Zahlen belegen, dass ca. 200.000 Men-

schen ins Exil gegangen sind, davon ungefähr 7.000 nach Deutschland (3.000 in die DDR und 4.000 in die BRD). [3]

Dies sind nur einige Zahlen, die in keiner Weise den Umfang und die systemische Natur der Menschenrechtsverletzungen aufzeigen können, die während fast 17 Jahren Diktatur stattgefunden haben. Das Drastischste von allem ist vielleicht, dass es mehr als 45 Jahre nach dem Putsch im Jahr 1973 und mehr als 30 Jahre nach der sogenannten "Rückkehr zur Demokratie" immer noch Behörden und Personen des öffentlichen Lebens gibt, die zum rechten Flügel der chilenischen Regierung gehören und die während der Diktatur begangenen Verbrechen gegen die Menschheit relativieren. Deswegen ist die Bestrafung der Leugnung eine der Forderungen, die sich in letzter Zeit stark herauskristallisiert hat. Aber reicht es aus, die Leugnung der Verbrechen unter Strafe zu stellen? Der Anstieg der extremen Rechten in Deutschland scheint uns ein negatives Beispiel dafür zu geben. Ein langes Thema zum Debattieren und Nachdenken.

2. Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung

Wir wissen, dass die Justiz nachlässig agiert oder bewusst die Vertuschung dieser Verbrechen forciert hat. Sie hat nicht im Sinne der Opfer gehandelt. [4]

Dies zeigt sich besonders anschaulich in dem gescheiterten Versuch, den Diktator Augusto Pinochet für seine Verbrechen büßen zu lassen. Im Jahr 1998 wurde er auf Anordnung des spanischen Richters Baltazar Garzón

in der Londoner Klinik verhaftet. Der Fall endete mit einer Reihe von Verhandlungen der verschiedenen politischen Sektoren, bei denen es darum ging, den Diktator aus "gesundheitlichen" Gründen nach Chile zurückzubringen. Doch Pinochet machte sich über alle Welt lustig, als er in sehr gutem gesundheitlichem Zustand in Chile landete und sich aus seinem Rollstuhl erhob, um die Menschen zu begrüßen. Er starb im Dezember 2006, ohne einen Tag im Gefängnis zu verbracht zu haben. Vor seiner Totenwache in der Militärschule versammelten sich lange Schlangen von Unterstützer*innen, die darauf warteten, ihn zu verabschieden.

Was die Menschen angeht, die während der Diktatur ihr Leben riskierten, um die Verbrechen anzuprangern oder tatsächlich ermordet wurden, wie José Manuel Parada vom Vicariado de Solidaridad oder der Priester André Jarlán, so ist es nicht die Justiz, sondern es sind die Familien der verschwundenen Gefangenen, Organisationen, Fachleute und Aktivist*innen in Chile und der Welt, die die Geschichte weiter-schreiben und Gerechtigkeit fordern.

Bis heute wurden nur 10% der Vermissten identifiziert, was es nur einigen wenigen Familien ermöglicht, mit der ewigen Ungewissheit und Sorge abzuschließen. Auch hier hat Deutschland eine offene Schuld, da die "Colonia Dignidad" - eine im Süden Chiles errichtete deutsche Enklave - eine Schlüsselrolle bei der Kooperation im Kontext der Repression und der Vertuschung der Verbrechen während der Diktatur spielte. [5]

Mit der Politik nach der Diktatur wurden Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Erinnerung, wie der christdemokratische Präsident Patricio Aylwin sagte, "im Rahmen des Möglichen" angegangen. Praktisch heißt das, dass das Land immer noch eine enorme Schuld gegenüber vielen Familien trägt, die ihre Mütter, Schwestern, Compañeras und Großmütter gehen sahen, ohne je das Schicksal ihrer vermissten Verwandten zu kennen.

3. Internationale Solidarität

Weltweit wurden Kampagnen zur Solidarität mit den Opfern in Chile durchgeführt. Die Aktionen reichten vom Kauf von Kunsthandwerk, das von politischen Gefangenen oder ihren Familien hergestellt und im Ausland angeboten wurde, bis hin zu zahlreichen Aktionen mit Empanadas, Folklore und Rotwein, um Spenden für Chile zu sammeln. Viele dieser Erfahrungen bleiben im kollektiven Gedächtnis der Menschen, die heute anwesend sind.

Ich möchte zwei Aktionen der internationalen Solidarität hervorheben, die ich als sehr kreativ erachte: den Boykott der Sexarbeiterinnen aus San Francisco, die 1974 den Matrosen auf der Emerald Ship sexuelle Dienste verweigerten, und die Geschichte der schottischen Arbeiter, die sich aus Protest gegen den Militärputsch von 1973 weigerten, die Motoren der chilenischen Hawker Hunters zu reparieren. In dem Dokumentarfilm "Nae pasarán", wird Geschichte dieser Aktion erzählt. Diese und auch die vielen anderen Formen der internationalen Solidarität jener Zeit, die uns unbekannt geblieben sind, waren

sehr wertvoll, um die Moral der Opfer zu erhalten und diverse Widerstandsaktionen gegen die Diktatur zu unterstützen.

4. Strafflosigkeit und Luxusgefängnisse

Was die Strafflosigkeit betrifft, so haben wir den emblematischen Fall des Diktators, der keinen Tag im Gefängnis verbracht hat; auch heute noch werden die Putschisten und aktive Zivilisten, die mit der Diktatur zusammengearbeitet haben, von ihren Anhängern verehrt. Jaime Guzmán ist das beste Beispiel dafür. Zu seinem Gedenken gibt es in Santiago eine Allee mit seinem Namen und ein gewaltiges Denkmal vor der Päpstlichen Katholischen Universität (PUC).

So haben wir eine "rechtlich-kriminelle" und eine "soziale" Straffreiheit. Seit dem Ausbruch der aktuellen Revolte am 18. Oktober wurde eine Reihe von Symbolen dieser sozialen Strafflosigkeit angegriffen, siehe die Enthauptung der Statue von Pedro de Valdivia (spanischer Eroberer) oder die Zerstörung des "Präsident-Pinochet-Platzes" in Linares. Die Straffreiheit spiegelt sich in den Urteilen, in der Flucht von Verurteilten. [6] Wir haben aber auch Kriminelle, die ihre Strafen in "Luxusgefängnissen" absitzen und als pensionierte Militärangehörige weiterhin ihre Rente erhalten, die übrigens um ein Vielfaches höher ist als die Altersversorgung jedes Rentners und jeder Rentnerin in Chile.

Um die Gesellschaft der Strafflosigkeit öffentlich anzuprangern, gibt es seit etwa 20 Jahren eine "comisión FUNA" ("Kommission

der Anklage"), die die Kriminellen, die friedlich leben und arbeiten, durch Demonstrationen in ihren Wohnbezirken oder Arbeitsplätzen outet. "Hier lebt ein Menschenrechtsverletzer" ist ein häufig verwendeter Slogan.

5. Staatliche Menschenrechtsarbeit

So gab es in diesen 30 Jahren nach der Diktatur einige Fortschritte "im Rahmen des Möglichen" - offensichtlich haben wir jedoch keine politische Handhabe im Hinblick auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Erinnerung und Aufarbeitung, sondern nur "Initiativen", die abhängig von der politischen Orientierung der Regierung und der "Sensibilität" der zuständigen Autorität für das Thema gewachsen sind oder eingeschränkt wurden.

*

Die Situation des Mapuche-Volks

1. Menschenrechtsverletzungen

Ich werde mich in diesem Punkt kurz fassen, da ich davon ausgehe, dass es Menschen gibt, die die spezifische Situation der Mapuche viel besser kennen als ich.

Chile verstößt gegen die Menschenrechte der Mapuche, was offiziell durch Instanzen wie das Hochkommissariat für Menschenrechte der UN und Human Rights Watch bestätigt wurde.

Ich zitiere einen Auszug aus einem dem UN vorgelegten Bericht, der einen Teil des Problems zusammenfasst:

"Das Gebiet der Mapuche unterliegt heute zum Großteil einem extraktivistischen System der Forstwirtschaft - gestützt und subventioniert durch den chilenischen Staat -, das in drei wesentlichen Aspekten gegen die Rechte der Mapuche verstößt:

- *Reproduktion der strukturellen Ungerechtigkeit*
- *Unkenntnis und Ignoranz gegenüber politischen und bürgerlichen Rechten*
- *ethnisch-nationalistisch motivierte Unterdrückung*

Die chilenische Regierung beantwortete den Kampf der Mapuche mit einer Strategie der Kriminalisierung. Zum Beispiel wird die autonome Mapuche-Organisation CAM (Coordinadora Arauco Malleco) [...] seit zwei Jahrzehnten durch die Forstwirtschaft verfolgt und vom chilenischen Staat kriminalisiert.

Bei dieser Kriminalisierungsstrategie wenden die Sicherheitsbehörden des chilenischen Staats Praktiken aus Diktaturzeiten an, wie z.B. die Doktrin der inneren Sicherheit des Staates. Das Volk der Mapuche ist nun der innere Feind, der mit Sicherheitsstrategien niedriger Intensität in Schach gehalten werden sollen.

Die Strategie wird durch die Anwendung des Antiterror-Gesetzes ergänzt, um exponierte Mapuche zu inhaftieren, eine Gesetzgebung, gegen die UN-Organe sowie nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen Einspruch erhoben haben. So hat die chilenische Regierung - unter dem Schutz des Sicherheits- und Nachrichtengesetzes - geheimdienstliche Aktionen mit Agenten

des Staates und dem nationalen Geheimdienst durchgeführt. Die "Operación Paciencia" (2002 und 2004) und die "Operación Huracán" (2017) zeigen unwiderlegbar auf, wie gegen die Zivilrechte eines Rechtsstaates verstoßen wurde.

Am 23. September 2017 wurde ein Prozess gegen acht Mapuche-Leiter*innen unter Geltendmachung des Sicherheits- und Nachrichtengesetzes und des Antiterrorismusgesetzes durchgeführt. Der Vorgang hatte zum Ziel, falsche Beweise einzuführen, eine Information, die sich aus Gutachten der Staatsanwaltschaft und externer Instanzen entnehmen ließ. Aktuell hat die Generalstaatsanwaltschaft, die die Anklage vertritt, die Beendigung des Falls "Huracán" - ohne Anklageerhebung - angekündigt. Parallel initiierte sie eine Untersuchung aufgrund des Verdachts der Konstruktion einer Beweiskette durch Beamte der Carabineros, insbesondere aus dem Geheimdienst." [7]

2. Unterdrückung

Nach dem Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) von 2018[8] sind die Mapuche weiterhin die Ärmsten unter allen Armen, und auch wenn Chile soziale Programme zur Überwindung der Armut eingeführt hat, ist das nur Symptombekämpfung.

Die Gewalt gegen die Mapuche hat eine lange Tradition. Seit 30 Jahren nun verteidigt eine ganze Generation ihre Recht auf Autonomie, auf eigene Territorien sowie das Recht auf gesellschaftliche Anerkennung angesichts der

historischen Diskriminierung und Negation ihrer Identität. So schreiben auch die Mapuche ihre eigene Geschichte, ein Beispiel hierfür ist die "Comunidad de Historia Mapuche" ("Gemeinschaft der Mapuche-Geschichte"). [9]

3. Kampf

Seit Generationen kämpft das Volk der Mapuche um das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung und die Rückgewinnung und Verteidigung der traditionellen Territorien.

4. Internationale Solidarität

Beispiele der Verbundenheit mit dem Kampf der Mapuche sind die Solidarität mit den politischen Gefangenen und die Unterstützung der Gemeinschaften. Unter anderem: Veranstaltungen mit Aktivist*innen und Unterstützung der Hungerstreiks und internationalen Kampagnen, Demonstrationen vor den Botschaften und anderen strategischen Orten und die Begleitung bei Aktionen gegen internationale Institutionen.

Die Compañeras Llanquira y Tamara der Gruppe "Solidaridad con el pueblo Mapuche en Berlín" ("Solidarität mit dem Mapuche-Volk in Berlin") können viel genauer über diese Kämpfe und internationale Solidarität erzählen.

Nun ist die Frage, die mich seit dem 18. Oktober umtreibt: Im Territorium der Mapuche (Wallmapu) gibt es Verstöße gegen die Menschenrechte, Militarisierung des Territoriums, verletzte Kinder und Jugendliche, Mütter, die sich gezwungen sehen, mit Hand- und Fußschellen zu gebären, eingesperrte Aktivist*innen, die für ih-

re Gebiete kämpfen, Berichte sowohl in Chile als auch im Ausland, die diese Verstöße offenlegen und Empfehlungen an den chilenischen Staat geben, die nicht eingehalten werden - warum regt sich die Solidaritätsbewegung erst jetzt mit soviel Kraft? Hat es etwa nicht schon seit Jahrzehnten Ermordungen, Montagen, Razzien, Verletzte durch Schrotkugeln, - zusammengefasst - Verstöße gegen die Menschenrechte in Wallmapu gegeben, von denen die gesamte Mapuche-Bevölkerung betroffen war? Das war eine der mit Empörung vorgetragenen Beschwerden vor genau zehn Jahren bei der Einweihung des Gedenk- und Menschenrechtsmuseums "Museo de la Memoria y los DDHH" in Santiago de Chile, mit denen die Schwester von Matías Catrileo die Präsidentin Michelle Bachelet kritisierte.

*

"Erweiterte Sicht" auf die Menschenrechte

Es ist der erweiterte Blick auf die Menschenrechte, der das Bewusstsein Tausender erreicht und die Forderung nach einem menschenwürdigen Leben hervorgebracht hat.

1. Wasser

Im September des vergangenen Jahres erhielt Rodrigo Mundaca die Auszeichnung der Menschenrechte in Nürnberg: Rodrigo und seine Compañeros und Compañeras aus Petorca stellten eine Forderung, die unmöglich scheint: das Recht auf Wasser.

Könnt ihr euch vorstellen, jeden Tag in eine Plastiktüte zu kacken?

Oder nicht jeden Morgen duschen zu können und euch mit einem Lappen waschen zu müssen? Oder beim Aufdrehen des Wasserhahns das Geschirr nicht spülen zu können? Das ist die Lage der Einwohner*innen der Region Petorca, die durch die "Bewegung für die Verteidigung des Wassers, des Landes und des Umweltschutzes"[10] international Aufmerksamkeit erhielt. Diese hat die Macht der Unternehmer*innen herausgefordert, die das Wasser der Flüsse ausbeuten, ein Gut, das allen gehören und allen ermöglichen sollte, sich zu waschen. Doch es wird verwendet, um große Avocado-Plantagen zu gießen. Die Avocado, die wir essen und in den Berliner Supermärkten einkaufen, stiehlt den Einwohner*innen in Petorca das Wasser, also schauen Sie auf den Herkunftsort der Avocados, die Sie kaufen. [11]

2. Bildung

Bildung hat sich in ein Konsumgut verwandelt. Dies war der Motor für den Kampf der Schüler*innen im letzten Jahrzehnt und hat Chile im Ranking der Top Ten der Ungerechtigkeit den siebten Platz eingebracht. [12] So wird die sogenannte "Oase Lateinamerikas" zu einem Bild, das zunehmend noch künstlicher erscheint als das eigentliche Phänomen der Oase.

3. Gesundheitssystem

Es gibt ein Konzept namens Neokropolitik [13], über das ich letztes gelesen habe. Es beschreibt, wie soziale und politische Macht dazu benutzt wird, zu bestimmen, wie in einem neoliberalen System einige Menschen leben können

und wie andere sterben müssen. Es ist eine Theorie der lebenden Toten, die bis zur Perfektion auf die Privatisierung des Gesundheitssystems in Chile zutrifft. (Dies gilt auch für alle anderen Rechte, die in privatisierte Güter umgewandelt wurden).

In Chile gibt es keine Mittelschicht

Ein gutes Mittel, um das soziale Gefüge zu erhalten: In Chile gibt es keine Mittelschicht, sondern nur Reiche und Arme. Wir Armen haben aufgrund unserer produktiven Fähigkeiten und Kräfte (einschließlich unserer Fähigkeit zu konsumieren und uns zu verschulden) den Wunsch, der Mittelschicht anzugehören. Jedoch überschreiten wir, falls wir erkranken, sofort die Grenze zur Armut und können nicht mehr produzieren. Ein Reicher hingegen besitzt Produktionsmittel und kann den durch eine Krankheit verursachten Schlag überleben, muss also nicht auf die eigene Produktivkraft setzen und verliert im Krankheitsfall weder Unterkunft noch Essen noch die Möglichkeit, die eigenen Kinder zu erziehen.

Wer krank ist, muss ums Überleben kämpfen

Ich glaube, dass alle aus der sogenannten "Mittelschicht" von dem Fall einer Verwandten, eines Freundes oder einer Bekannten erzählen können, die seit Monaten darauf wartet, Zugang zu medizinischer Versorgung zu bekommen und aufgrund einer akuten oder chronischen Krankheit, anstatt zu leben, um das reine Überleben kämpfen muss. Der Verstoß gegen das Recht auf Ge-

sundheit lässt uns die Parole "Es war keine Depression, es war Kapitalismus" verstehen, die darauf Bezug nimmt, dass die chilenische Gesellschaft den höchsten Anteil psychisch Kranker und den stärksten Konsum von Psychopharmaka aufweist. In Chile wurde laut Angaben der WHO bei 5% der Bevölkerung eine Depression diagnostiziert. [14]

4. Wohnungen

Ist erst einmal eine Sozialwohnung gefunden, so scheint sich der Traum vom eigenen Zuhause, den jede Chilenin und jeder Chilene in sich trägt, verwirklicht zu haben. Doch viele dieser Sozialbauten haben marginale Wohnbezirke der Städte in "Ghettos" verwandelt, in denen menschenunwürdige Zustände herrschen. Trotzdem sind Familien, die sich nicht für die nächsten 40 Jahre mit einem Hauskauf verschulden können, gezwungen, in diesen sogenannten "Unterkunftslösungen" zu leben, wo der Alltag von Platzmangel, körperlicher Gewalt gegen Kinder und Frauen, sexuelle Gewalt, Drogenhandel und -konsum, Banden und urbaner Gewalt geprägt ist. Es sind Stadtteile, in denen sich kein öffentlicher Platz, kein Firmensitz, keine Arztpraxis und keine Schule finden lassen. Viele Familien, die Sozialunterkünfte erhielten, entschlossen sich dazu, doch wieder zu besetzen, da ihnen schnell klar wurde, dass in diesen "prekären Lagern" immer noch bessere Bedingungen herrschen als in ihren Sozialunterkünften. Somit ist es nicht nur die Forderung des Rechts auf Wohnsitz, sondern auf eine menschenwürdige Unterkunft.

5. Frauen*rechte

Und was gibt es zu den Sexual- und Reproduktionsrechten sagen in einem Land, in dem der Staat angeblich säkular ist, jedoch weiterhin nach den Werten der Kirche regiert und diese im Land durchsetzt? Einer Kirche, die zunehmend durch Skandale, Missbrauchsfälle und Korruption in Frage gestellt wird. Erst im letzten Jahr (2019) wurden Gesetze zur Abtreibung erlassen, jedoch nur in drei Fällen: bei Lebensunfähigkeit des Fötus, bei Lebensgefahr der Mutter und bei Vergewaltigung. Jedoch existiert immer noch kein Recht für Frauen, frei über ihren Körper zu entscheiden. Das ist ein Grund, warum man davon ausgeht, dass die feministische Bewegung weiterhin so stark bleibt. Das Recht von Frauen auf ein Leben in Würde und Gewaltfreiheit zu garantieren ist eine Pflicht eines demokratischen Staates, genauso wie das Recht, unter gleichen Bedingungen am öffentlichen Leben teilnehmen zu können, ohne bestraft zu werden - durch hohe Sätze an die Krankenkassen, bei der Jobauswahl ... Wir könnten hier lange über die multiplen Diskriminierungen sprechen, die wir als Frauen nur aufgrund der Tatsache, dass wir Frauen sind, erfahren.

Kinderrechte

Ich möchte nicht das Recht von Kindern und Jugendlichen unerwähnt lassen. Chile unterzeichnete 1989 das Abkommen zu Kinderrechten, doch in den Jahren nach der Diktatur starben mehr Kinder durch SENAME ("Servicio Nacional de Menores"), die staatliche Institution, die die Inte-

gritat von Minderjährigen wahren und ihre Rechte sicherstellen sollte, als in der gesamten Diktatur: 1.313 Kinder und Jugendliche sind in den letzten zwölf Jahren durch die Hand des SENAME gestorben. [15]

Von den zehn Grundsätzen der Internationalen Konvention über die Rechte des Kindes werde ich nur zwei zitieren:

Artikel 7

Das Kind hat Anspruch auf unentgeltlichen Pflichtunterricht, zumindest in der Elementarstufe. Ihm wird eine Erziehung zuteil, die seine allgemeine Bildung fördert und es auf der Grundlage der Chancengleichheit in die Lage versetzt, seine Fähigkeiten, sein persönliches Urteilsvermögen, seinen Sinn für moralische und soziale Verantwortung zu entwickeln und ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden.

Die Interessen des Kindes sind die Richtschnur für alle, die für seine Erziehung und Anleitung verantwortlich sind; diese Verantwortung liegt in erster Linie bei den Eltern.

Das Kind hat volle Gelegenheit zu Spiel und Erholung, die den gleichen Zielen wie die Erziehung dienen sollen; die Gesellschaft und die öffentlichen Stellen bemühen sich, die Durchsetzung dieses Rechts zu fördern.

Artikel 8

Das Bedürfnis von Kindern nach Schutz und Hilfe ist in jeder Situation als vorrangig zu betrachten." [16]

Bleibt uns noch die Frage: Wie hat der chilenische Staat diese Kinder- und Jugendrechte geschtzt? Und die Gefangenen (oder Personen, denen die Freiheit entzogen wurde), die von der Gesellschaft vergessen zu sein scheinen, insbesondere im Hinblick auf die Menschenrechte? Dass jemand eine Strafe verbüsst, bedeutet nicht die Aufhebung seiner menschlichen Natur oder der Achtung seiner Grundrechte. Der vielleicht skandalseste Fall der letzten Jahre war der Tod von 81 Insassen im Gefängnis von San Miguel [17], die wegen unterschiedlichster Verbrechen verurteilt worden waren und nun mit Überbelegung, Wassermangel und extremer Gewalt fertig werden mussten. Ein Beispiel dieser Menschenrechtsverletzungen nennt der Bericht des Nationalen Institutes für Menschenrechte (INDH) für den Zeitraum 2016-2017: "51,3% der Männer und 35,7% der Frauen, die eine Freiheitsstrafe verbüssen, haben keinen eigenen Schlafplatz." [18]

*

Die Situation ab dem 10. Oktober

1. Menschenrechtsverletzungen

Dies sind die Hintergründe des am 18. Oktober ausgebrochenen sogenannten sozialen Aufruhrs. So ist es nicht verwunderlich, dass unter der aktuellen Regierung von Sebastian Pinera gegen die Menschenrechte verstoßen wird. Denn wie wir gesehen haben, hatten wir während der Diktatur einen kriminellen und nach ihr einen mitschuldigen und nachlässigen Staat. In einigen Momenten und Fällen hat der Staat aktiv gegen Menschenrechte verstoßen,

beispielsweise zu Zeiten der Diktatur oder während der letzten Jahrzehnte auf dem Territorium der Mapuche, in anderen war er nachlässig in Bezug auf Schutz und Förderung.

Hier die aktuellen Zahlen der begangenen Verstöße [19]

- 27 Tote
- 3583 Verletzte
- 1615 Verletzte durch Schrotkugeln
- 359 Augenschäden (2 Totalverluste des Sehvermögens)
- 230 Verletzungen durch Tränengas

2. Forderungen

"Es sind keine 30 Pesos, es sind 30 Jahre". Alles begann mit dem Anstieg der Kosten für den öffentlichen Transport um 30 Pesos (4 Cent). Die Forderungen der sozialen Bewegung sind vielfältig, und auch diesbezüglich gibt es Diskussionen, sie alle richten sich jedoch auf das Grundbedürfnis nach einem "wrdvollen Leben". Die Menschenrechtsverletzungen, die ich kurz angerissen habe, sind struktureller Natur, nach dem unter der Diktatur eingeführten neoliberalen Modell; sie sind verankert in der politischen Verfassung, die unter der Diktatur von Pinochet geschrieben wurde und bis heute noch gültig ist.

Dieser soziale Ausbruch hat auch gezeigt, dass die folgenden Menschenrechte nicht garantiert werden:

- *Jedes Individuum hat das Recht auf freie Meinungsäußerung.*
- *Jede Person hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.*

- Jeder Mensch hat das Recht, direkt oder indirekt an der Regierung ihres oder seines Landes mitzuwirken.

So werden seit dem 18. Oktober Menschen, die gegen die Ungerechtigkeiten des Lebens im Labor des Neoliberalismus in Chile demonstrieren, unterdrückt, kriminalisiert und eingesperrt. Die Hauptforderung ist demnach eine neue Verfassung, die nicht hinter verschlossenen Türen geschrieben wird und nicht der symptomatischen Denkweise entspricht, die das im November unterzeichnete sogenannte "Friedensabkommen" abbildet. Viele von uns sehen das Abkommen als rechtswidrig an, da nach seiner Unterzeichnung und dem geschaffenen Bild von "Frieden" weiterhin gegen die Rechte der demonstrierenden Bevölkerung verstoßen wird und es Menschen gibt, die durch das repressive Vorgehen der Polizei ihr Leben verloren haben.

3. Solidarität

Wie wir in der jüngsten Vergangenheit gesehen haben, gibt es verschiedene Wege, internationale Solidarität auszudrücken. Einige Ideen werden begleitet vom Geschmack nach Empanada und Rotwein, genau so, wie sich Allende den chilenischen Weg zum Sozialismus ausmalte. Ich lasse die Debatte offen. Vielen Dank an die Compañeras und Compañeros aus Acciones Cabildo Berlin für die Übersetzung und die Einladung.

Übersetzung: Luisa Rau und Melissa Skármeta Moraga

Anmerkungen:

[1] Bericht von José Maureira, junger Medizinstudent der PUC (Pontificia Universidad Católica de Chile), 2019.

[2] Zeugenbericht einer Überlebenden der Folter während der Militärdiktatur.

[3] http://expedition-heimat.dw.com/templates/es/chi/detail-Page_inGermany.php

[4] Mehr als 5000 Verfassungsbeschwerden wurden abgelehnt. Daher gestand das Oberste Gericht im Jahr 2013, 40 Jahre nach dem Putsch, seine Fehler während der Diktatur: <https://www.nacion.com/el-mundo/conflictos/corte-suprema-de-chile-admite-errores-durante-dictadura/ZZQB6SW64JEGDNVPRV-TYTDZRQY/story/>

[5] https://rosalux.org.br/wp-content/uploads/2016/07/Standpunkt_15-2016-Colonia-Dignidad.pdf

[6] Wie im Fall vom kürzlich vor Gericht gebrachten Ricardo Lawrence, der (neben anderen Verbrechern gegen die Menschheit) für das Verschwindenlassen von Alfonso Chanfreau, aktives Mitglied der "Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR - Movimiento de Izquierda Revolucionaria) und Großvater eines der aktuellen jungen Anführer der Schüler*innen der Oberschule Victor Chanfreau, der in den letzten Tagen im Zentrum der Polemik stand, verurteilt wurde.

[7] Dokumente auf Englisch, Spanisch und Französisch verfügbar: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G18/266/45/PDF/G1826645.pdf?OpenElement>

[8] https://www.cl.undp.org/content/dam/chile/docs/pobreza/undp_cl_pobreza-sintesis-DESIGUALES-final.pdf

[9] <https://www.comunidadhistoriamapuuche.cl/areas-de-trabajo/>

[10] "Movimiento de Defensa del Agua, la Tierra y la Protección del Medioambiente" - MODATIMA: <http://modatima.cl>

[11] Weltspiegel-Reportage: Avocado - Umweltkiller Superfood <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/umweltkiller-superfood-100.html>

[12] Laut Angaben der Weltbank 2018: <http://documentos.bancomundial.org/curated/es/242251476706821424/pdf/109215-REVISED-PUB-PUBLIC.pdf>

[13] Mbembe, A. (2019). Necropolitics. Durham: Duke University Press.

[14] <https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/254610/WHO-MSD-MER-2017.2-eng.pdf?sequence=1>

[15] <https://ciperchile.cl/wp-content/uploads/informe-emilfork4.pdf>

[16] <https://www.un.org/es/events/childrenday/pdf/derechos.pdf>

[17] Tamayo Grez, T. (2016) Incendio en la Torre 5. Las 81 muertes que Gendarmería quiere olvidar. Santiago: Ediciones B.

[18] <https://www.elmostrador.cl/media/2019/04/estudio-general-2016-2017.pdf>

[19] Informe Grupo Jurídico DDHH 18.10, Chile Despertó Internacional, enero 2020

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/wir-dokumentieren-menschenrecht-in-chile-zwischen-gestern-und-heute/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>



<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1951.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...

Kommentare ... Interviews ...

Reportagen ... Textbeiträge ...

Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Chile Schluss mit der Unterdrückung!!

Ein stummer Schrei

von Claudia Aranda, Chile, 24. Januar 2020

Santiago de Chile - 24.01.2020. Schweigend gingen am Sonntag in Santiago de Chile tausende Frauen in schwarz gekleidet, in Trauer, um all die Verstorbenen und um alle Opfer dieser systematischen Vergewaltigung der Menschenrechte auf die Straße. Ihre sauberen Hände waren nach oben gereckt, um klar zu machen, dass die Hände von Sebastián Piñera und die der Regierung voller chilenischem Blut sind. Damit wollen sie zum Ausdruck bringen: **SCHLUSS MIT DER UNTERDRÜCKUNG.**

Auch Männer nahmen teil, Kinder aller Altersstufen und eine Polizeieinheit, um uns zu beschützen. Alle zusammen, alle vereint marschierten sie in einem stummen Schrei für das Leben und die Menschenrechte, ein stummer Schrei, der gleichzeitig ohrenbetäubend nach Würde und Gerechtigkeit schrie.

Eine spezielle Bedeutung hatte die kollektive und überall hörbare Forderung, nach der Freilassung von politischen Gefangenen, in der Mehrzahl junge Leute, die als kriminell abgestempelt werden, weil sie Teil der sozialen Proteste waren. Piñera hat die Ge-

fängnisse vollgestopft und verhaftet weiter Leute, verfolgt sie und macht sie zu Kriminellen.

Er verabschiedet weiter Gesetze, um noch mehr legale Werkzeuge in der Hand zu haben, die es ihm ermöglichen die Grundrechte der Menschen, wie die Meinungsfreiheit, die Freiheit sich überall aufzuhalten, zu versammeln, das unveräußerliche Recht zu rebellieren noch mehr einschränken. Er reißt die Macht in diesem Land an sich, in dem er laut Meinungsumfragen nur 5% Zustimmung hat und in dem die Legitimität das Land zu führen absolut nicht mehr vorhanden ist.

Der lange Marsch machte dreimal Halt. An der Plaza de la Dignidad, an dem alle das Lied von Victor Jara "Das Recht zu leben" gesungen haben. Am Platz Cerro Huelén, an dem der Tanz La Cueva Sola getanzt wurde, ein Nationaltanz, der hier ohne Mann, von den Frauen alleine, getanzt wurde, eine Hommage an die Vermissten der Pinochet Diktatur. Am Moneda Platz, wo das Regierungsgebäude sich befindet, haben alle das Lied El Baile de los que Sobran, von der chilenischen Band Los Prisioneros (Die Ge-



fangen), die Hymne dieser Revolution, gesungen.

Diese Revolution ist die Revolution der Übriggebliebenen, der großen Mehrheit der Chilenen, die nicht der Machtelite angehören, die kein Geld haben, nicht korrupt sind, die keine Menschenrechte verletzen und keine Komplizen sind, damit sie an der Macht bleiben können.

Videos von Claudia Aranda:
<https://youtu.be/PAUQ1DAVPXI>
<https://youtu.be/4r6R7nXxjxM>

Bild: © Helodie Fazzalari

Die Übersetzung aus dem Spanischen wurde von Marita Simon vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0428.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Schattenblick → INFOPOOL → REPRESSION → FAKTEN

Mehr Informationen zu Chile, Bolivien und Kolumbien

http://www.schattenblick.de/infopool/repress/ip_repress_fakten_international.shtml

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Indepaz: Jeden Tag wird ein Aktivist ermordet

(Bogotá, 28. Januar 2020, *telesur*) - Wie das kolumbianische Friedensforschungsinstitut Indepaz mitteilte, sind in den ersten 27 Tagen dieses Jahres bereits 27 soziale Aktivist*innen ermordet worden. Dazu kommen weitere vier ehemalige Kämpfer*innen, die im Zug des Friedensprozesses 2016 ihre Waffen abgegeben haben. Damit wird in Kolumbien jeden Tag ein*e Menschenrechtsverteidiger*in ermordet.

Indepaz hat diese ernüchternde Zahl am Montag, 27. Januar veröffentlicht, nachdem kurz zuvor Fernando Quintero Mena von Killern erschossen worden war. Der 23-jährige Quintero war Vorsitzender der Nachbarschaftsräte in der Siedlung Guasiles, Gemeinde Convención im nordkolumbianischen Department Catatumbo.

Da in den besonders gefährdeten abgelegenen Landstrichen der Staat praktisch abwesend ist, hat der Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen an Präsident Iván Duque appelliert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um soziale Führungspersonen und ehemalige Kämpfer*innen zu schützen.

Paramilitärs verschicken Morddrohungen

Die Hilfsorganisation Oxfam hat ihrerseits in einer Erklärung die Morddrohungen von paramilitärischen Gruppen verurteilt, die in mehreren Landesteilen ihr Unwesen treiben. Zuletzt war ein Drohbrief der paramilitärischen Organisation AGC (Autodefensas Gaitanistas de Colombia) aufgetaucht, in der verschiedene Aktivist*innen und Politiker*innen bedroht werden, darunter die neue Bürgermeisterin von Bogotá, Claudia López.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, bezeichnete den Drogenanbau, die Existenz zahlreicher bewaffneter Gruppen und das Fehlen einer wirtschaftlichen Existenzgrundlage als Hauptgründe für die vielen Morde.

Trotz zahlreicher Aufrufe sowohl von kolumbianischen Basisbewegungen als auch von internationalen Gruppen, zeigt die kolumbianische Armee keine Eile, die Friedensverträge umzusetzen. Sie ist auch nicht bereit, die Verhandlungen mit der Guerilla ELN wieder aufzunehmen.

Nach Angaben der kolumbianischen Ombudsstelle für Menschenrechte wurden im vergangenen Jahr 119 soziale Anführer*innen ermordet, 19 davon Frauen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/indepaz-jeden-tag-wird-ein-aktivist-ermordet/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

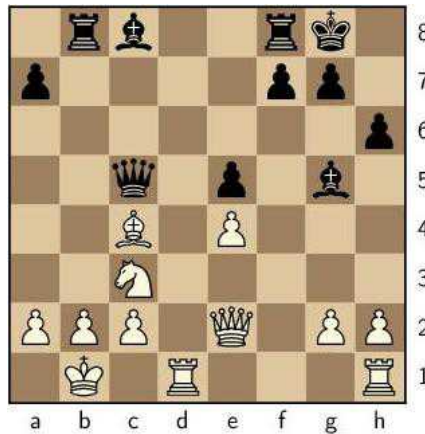
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0429.html>

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Ewigjünger Sizilianer

(SB) - Mit der Sizilianischen Verteidigung hat Gott eine Geißel gegen die Königsbauer-Eröffnung in die Welt gesandt. Keine andere Verteidigung kann sich im Laufe der über 130jährigen Turniergeschichte solcher Popularität erfreuen wie der Zug 1...c7-c5. Ihr Variantenreichtum ist geradezu Legion. Ihre Konzepte und verschiedenen strategischen Elemente überfordern selbst die hochentwickeltesten elektronischen Gehirne. Mögen andere Eröffnungen auch in die Jahre gekommen sein, daß sie kaum noch über junge nachwachsende Triebe verfügen. Die Sizilianische Verteidigung scheint kein Alter zu kennen. Eine kleine Abweichung in dieser oder jener Variante und schon eröffnet sich ein völlig neuer Kosmos mit einer Fülle von taktischen und kombinatorischen



Storm - Gustafsson
Fernpartie 1981

Möglichkeiten. Der Sizilianer wird nie alt werden. Caro-Kann geht auf Krücken, der Franzose sucht sich ein Heim für seine morschen Knochen, und selbst moderne halboffene Systeme wie die Pirc- oder Aljechin-Verteidigung haben bereits mit Arterien-

verstopfung zu kämpfen. Im heutigen Rätsel der Sphinx zeigt sich der Sizilianer von seiner besten wildesten Seite. Die Linien für den Angriff waren offen, Wanderer, es fehlte nur noch der taktischen "Witz".

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Da hatte sich Weiß ganz schön anschmieren lassen, als er mit 1.Th4xh7? in die Falle ging, denn nach dem glänzenden Damenopfer 1...Df3xe3+! konnte er so gleich die Waffen strecken. Schließlich blieb ihm nur das Einlenken in eine Verluststellung nach 2.f2xe3 Tf8-f1+ 3.Sc3-d1 Lg7xb2+ 4.Kc1-b1 Sc4-a3+ 5.Kb1xb2 Tc8xc2+ 6.Kb2xa3 Kg8xh7

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07167.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinxunter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ...
Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

- 1 POLITIK - KOMMENTAR: SPD Berlin - ausschnupfen und Tuch wechseln ...
- 4 POLITIK - MEINUNGEN: Schuldenlast - Zaumzeug und Zügel ...
- 5 POLITIK - AUSLAND: Bolivien - Añez' Kandidatur sorgt für Ärger (poonal)
- 6 POLITIK - AUSLAND: Menschenrecht in Chile - zwischen Gestern und Heute (poonal)
- 15 REPRESSION - FAKTEN: Chile - Schluss mit der Unterdrückung!! Ein stummer Schrei (Pressenza)
- 16 REPRESSION - FAKTEN: Kolumbien - Jeden Tag wird ein Aktivist ermordet (poonal)
- 17 SCHACH-SPHINX: Ewigjunger Sizilianer
- 18 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 1. Februar 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 1. Februar 2020

Vorhersage für den 01.02.2020 bis zum 02.02.2020



© 2020 by Schattenblick

Und des Februars erste Beute
ist kein Wetterwechselfall,
nein, es bleibt so grau wie heute,
Jean-Luc wirft und fängt den Ball.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.